

XXI. Wirtschaftsethisches Forum 2008

## Finanzkrise und Fehlverhalten

Mit über 300 Teilnehmern am XXI. Wirtschaftsethisches Forum hatten die Evangelische Akademie zu Berlin, die Katholische Akademie in Berlin und das Institut der deutschen Wirtschaft Köln vor einem Jahr nicht gerechnet, als sie das Tagungsthema "Finanzmarktkrise und Fehlverhalten der Eliten" festlegten. Die Finanzkrise aber hat sich in den letzten Wochen jedoch so dramatisch zugespitzt, dass das Interesse über Gründe, Folgen und Gegenmaßnahmen zu diskutieren, hoch war. Die hochrangigen Podiumsgäste debattierten mit vielfach nicht weniger prominenten Teilnehmern.

Als Gründe für die Entwicklungen auf den Finanzmärkten nannten die Experten vor allem fehlendes Vertrauen, Unehrlichkeit/Verschleierung, falsche Anreize für die Finanzmarktakteure aber auch das Versagen der staatlichen Aufsichtsbehörden. Auf dem Wirtschaftsethisches Forum betonten die Experten vor allem die Bedeutung der ordnungspolitischen Grundregeln, um die Gefahr von Krisen zu verringern. Wesentlich ist, dass Kompetenz und Haftung in einer Hand liegen. Wer die Chancen hat, muss auch für die Risiken einstehen. Dieses Prinzip wird zur Überwindung der Finanzkrise (Stichwort: „Too Big to Fail“) jetzt gebrochen allerdings nur, weil dies auch bereits zuvor nicht mehr sichergestellt war. Die komplexen Finanzinstrumente verschleierten viele Zusammenhänge und übertrugen die Risiken auf weniger informierte Akteure. Allerdings hat die expansive Geldpolitik der FED in den USA dazu beigetragen, dass diese Übertreibungen durch billiges (zinsgünstiges) Geld überhaupt finanziert werden konnten. Damit hat die amerikanische Zentralbank gegen das wesentliche ordnungspolitische Prinzip der Geldwertstabilität verstoßen.

Die Folgen für einzelne Banken und Versicherungen sind dramatisch. Allerdings sind Insolvenzen und Marktbereinigungen im Rahmen eines marktwirtschaftlichen

Systems erforderlich. Einzig die negativen externen Effekte auf die Gesamtwirtschaft rechtfertigten – wenn überhaupt – das Eingreifen des Staates als „Lender of Last Resort“. Gesamtwirtschaftlich konnten die Experten einen auf die Immobilienkrise folgenden weltweiten Abschwung nicht ausschließen, wollten diesem aber auch nicht das Wort reden, um eine sich selbsterfüllende Prophezeiung über das Verstärken der Krisenstimmung zu verhindern. Das Rettungspaket der amerikanischen Regierung soll die Krise nun eindämmen. Entscheidend sind aber die falschen Anreize innerhalb der Banken und Unternehmen, wenn extrem risikoreiches Investieren mit hohen Bonuszahlungen belohnt wird, ohne dass die Risiken von den Personen selber getragen werden müssen. Mit Compliance- oder Integrity-Managementsystemen versuchen viele Unternehmen gegenzusteuern. Letztlich zielten die formulierten Lösungsansätze auf die Individualethik (mehr Ehrlichkeit), Unternehmensethik (Wertemanagement) und Ordnungsethik (mehr Transparenz), wobei die Redner jeweils einen anderen Schwerpunkt setzten. Die aktuelle

Finanzkrise verdeutlicht: Eine gute Ordnungspolitik ist letztlich die beste Finanzmarktpolitik.

### Buchempfehlungen:

1. Wirtschaftsethische Lösungsansätze für Finanzkrisen und Fehlverhalten der Eliten standen auch

im Fokus der 8. Max-Weber-Preis-Verleihung im Mai 2008 in Berlin. Alle, die nicht an der Veranstaltung mit Bundespräsident Horst Köhler teilnehmen konnten, können die Vorträge und Laudationes nun nachlesen: „**Moral – Handlungsmaxime in Zeiten der Globalisierung?**“, Köln, 2008, 7,80 € (Bestellungen über [enste@iwkoeln.de](mailto:enste@iwkoeln.de)).

2. Mit der geringen Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft und den Gründen für die Aushöhlung des zugrundeliegenden ordnungspolitischen Konzeptes und möglichen Gegenmaßnahmen befasst sich auch eine Veröffentlichung des AEU (Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer in Deutschland) unter dem Titel „**60 Jahre Soziale Marktwirtschaft**“. Vier Beiträge namhafter Autoren wurden in einem lesenswerten Reader zusammengestellt. (Bestellung unter: [www.aeu-online.de](http://www.aeu-online.de)).



Unternehmerdenkschrift

## Heuschrecke als Gottesanbeterin<sup>\*)</sup>

**Lösungsansätze für die aktuelle Finanzkrise, Thema auch des XXI. Wirtschaftsethischen Forums in Berlin, sind derzeit gefragt. Mitte des Jahres legte die Evangelische Kirche Deutschland (EKD) unter dem Titel „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“ eine neue Denkschrift vor, in der einige Antworten gegeben werden und erfreulich marktwirtschaftsfreundliche Aussage zu finden sind.**

Die Unternehmerdenkschrift wurde mitten im politischen Sommerloch versenkt, dabei enthält sie sehr lesenswerte Analysen und zeigt Wege auf, mit denen die fast schon traditionellen Spannungen zwischen Kirche und Wirtschaft überwunden werden können. Unternehmerisches Handeln wird als wesentliche Quelle für gesellschaftlichen Wohlstand gewürdigt. Der kluge (effiziente) Umgang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen wird ebenso gelobt, wie die Entwicklung von innovativen Produkten und Dienstleistungen. Damit werden die marktwirtschaftliche Allokation und deren Ergebnisse als grundsätzlich wünschenswert angesehen. Gleichwohl wird explizit auf die Notwendigkeit der Partizipationsgerechtigkeit als Voraussetzung für die Akzeptanz der Marktwirtschaft hingewiesen. Damit befindet sich die EKD-Denkschrift in guter Gesellschaft mit Vertretern der ordoliberalen Schule, welche in ähnlicher Weise vor allem auf eine Gestaltung der Rahmenbedingungen mit dem Ziel der Chancengerechtigkeit setzen. Der Staat muss die Chancen zur Erwerbsbeteiligung aller verbessern, dann lässt sich auch Armut nachhaltig bekämpfen.

Diesen Zusammenhang bestätigen eindrucksvoll die neuesten Daten zum Armutsrisiko in Deutschland. Nachdem das DIW noch vor wenigen Monaten mit Warnungen vor der bröckelnden Mittelschicht und der auseinanderdriftenden Gesellschaft die Schlagzeilen dominierte, müssen die Forscher nun zurückrudern und eingestehen, dass das Armutsrisiko eigentlich erstmals seit 10 Jahren gesunken ist und Einkommensunterschiede geringer geworden sind. Genau auf diesen Konjunktur- und Beschäftigungseffekt hatte das IW Köln bereits bei der Vorstellung der alten Daten hingewiesen und mehr Sachlichkeit in der Mittelschichtsabstiegsangstdebatte angemahnt (vgl. WuE 1/2008). Die neuen Daten rechtfertigen damit auch das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft: „Denn dieses Modell (der Sozialen Marktwirtschaft, Anm. der Red.), das gesellschaftliche Teilhabe und Wohlstand für breite Schichten in unserem Land ermöglicht hat, behält auch für die Zukunft verpflichtende Bedeutung.“ (S. 9).

Allgemeine Lösungsansätze für die derzeit die Finanz- und Wirtschaftswelt erschütternde Krise rund um Fehlspekulationen in Immobilien, intransparente, hochspekulative Finanzmarktprodukte und ganz bewusst die Informationsasymmetrien ausnutzende Gestaltung von Finanzinstrumenten finden sich in der Denkschrift, die auch ausführlich die Vorteile der Globalisierung behandelt. In erster Linie können derartige Fehlentwicklungen vermieden werden, wenn die Menschen mit der Ihnen geschenkten Freiheit verantwortlich umgehen. Leitlinien können dafür die christlichen Gebote liefern, ohne dass – zum Beispiel aus den Gleichnissen – direkte Anweisungen für das Arbeitsleben abgeleitet werden können. Wichtiger ist die Funktion als generelle Orientierung und als „verlässlicher Kompass auch für Unternehmer, die in schwierigen Konfliktsituationen entscheiden müssen.“ (S. 41) Moralisches unternehmerisches Handeln kann aber dauerhaft nur im Wettbewerb bestehen, wenn es eine regelgebundenes Verhalten fördernde Rahmensetzung gibt. Nur gut und effizient geregelte, transparente Kapitalmärkte mit einer entsprechend kompetenten und starken Aufsicht und das Vertrauen stärkenden Selbstverpflichtungen, können präventiv Finanzkrisen, wie die derzeitige, vermeiden helfen.

Glücklicher Weise werden diese Erschütterungen der Weltwirtschaft in der Unternehmerdenkschrift nicht zum Anlass genommen, gegen die Globalisierung Stellung zu beziehen. Im Gegenteil, die Vorteile für die Entwicklungs- und Schwellenländer durch eine vermehrte internationale Arbeitsteilung werden betont: „Offene Märkte sind ein Gebot internationaler sozialer Gerechtigkeit.“ (S. 99). Für einen fairen Wettbewerb werden auch hier allgemeingültige Regeln gefordert, welche im gemeinsamen Dialog zum Beispiel im Rahmen der WTO festgelegt werden müssen.

Am Ende der Denkschrift stehen die diakonischen Einrichtungen und deren Möglichkeiten, im zunehmenden Wettbewerb auf den Märkten für Soziale Dienstleistungen zu bestehen, im Focus. Die Chance für die konfessionellen Einrichtungen besteht in der Verankerung in einem tradierten Wertefundament, welches – im Sinne eines Wertemanagements genutzt – zum Wettbewerbsvorteil werden kann. Gleichwohl stehen die Einrichtungen angesichts der privaten Konkurrenz unter großem Veränderungsdruck, der zu mehr Wirtschaftlichkeitsdenken zwingt. Die Lektüre der Unternehmerdenkschrift kann dabei Leitlinien bieten, auf dem schmalen Grat zwischen Gewinn und Gewissen zu wandeln.

<sup>\*)</sup> Vgl. FAZ, Nr. 158 vom 9.7.2008

Zitate aus: Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive, Eine Denkschrift der EKD, 2008

## Religionsmonitor 2008

## Wer glaubt – und warum?

Die Deutschen sind mehrheitlich (70 Prozent) religiös, wobei in den alten Bundesländern (78 Prozent) mehr als doppelt so viele Menschen von sich sagen, sie seien religiös, als in den neuen Bundesländern (36 Prozent). Dabei sind 52 Prozent der Bundesbürger „durchschnittlich“ religiös und gut 18 Prozent sehr religiös. Eine klare altersspezifische Zuordnung gibt es dabei nicht, ein knappes Drittel ist in fast jeder Altersgruppe (bis auf die über 60-jährigen) nicht religiös.

Basis für diese Ergebnisse ist der Religionsmonitor 2008 der Bertelsmann Stiftung, welche insgesamt 21.000 Personen ab 18 Jahren in 21 Ländern zu deren Religiosität befragt hat. Die unerwartet hohen Werte bei der Religiosität der Deutschen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Religion verglichen mit anderen Lebensbereichen wie Familie, Partner, persönliche Bildung, Arbeit, Freizeit und Politik, mit deutlichem Abstand den geringsten Stellenwert einnimmt. Dies gilt insbesondere für die junge Generation der unter 30-jährigen. Die jungen Erwachsenen praktizieren auch weniger die christlichen Riten und befolgen weniger die Glaubensgrundsätze. Aber gleichzeitig ist die Sehnsucht nach Transzendenz und der Glaube an Gott, ein Leben nach dem Tod, die Unsterblichkeit der Seele oder die Wiedergeburt höher als in allen anderen Altersgruppen und für 14 Prozent der 18-29-jährigen ist der regelmäßige Gottesdienstbesuch besonders wichtig. Auch bei den meisten religiösen Vorstellungen gibt es keine fundamentalen Unterschiede zwischen Eltern- und Kindergeneration, so dass der massive Traditionsbruch kein Massenphänomen ist. Weder kann ein Rückzug der Religiosität noch deren Renaissance festgestellt werden. Vielmehr weisen die Daten eine weitgehende Stabilität des religiösen Bewusstseins aus, was insbesondere aufgrund der Homogenität zwischen den Altersgruppen ein eher unerwartetes Ergebnis ist.

Religion spielt vor allem dann eine große Rolle im Alltag, wenn Umbrüche drohen oder stattfinden beziehungsweise weitreichende Entscheidungen getroffen werden. Dreiviertel der Deutschen sehen eine Wirkung der Religiosität auf das Alltagsleben, wenn Ereignisse auftreten wie zum Beispiel Geburt, Heirat und Tod. Auch bei Krankheiten und anderen Lebenskrisen, Fragen nach dem Sinn des Lebens, Naturereignissen und bei der Erziehung der Kinder wirkt sich die Religion vergleichsweise stark aus (vgl. Grafik).

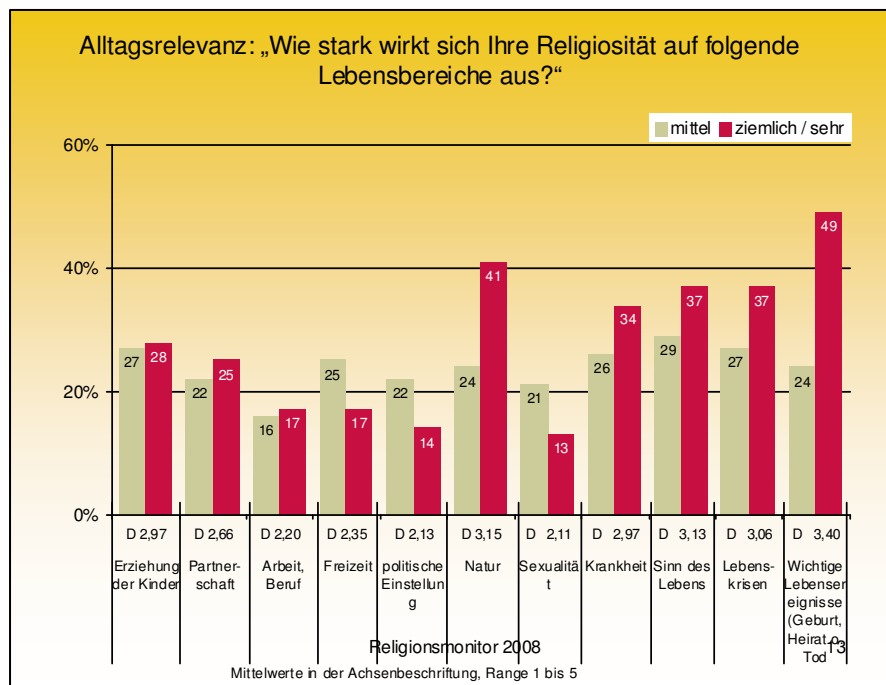
Religiöse Menschen sind darüber hinaus toleranter im Umgang mit anderen Lebensstilen, Kulturen und Religionen – und gegenüber der Lebensweise von Ausländern in Deutschland. Außerdem ist hohe Religiosität eine essentielle Basis für zivilgesellschaftliches Engagement: Ein unentgeltliches Ehrenamt würden nur 19

Prozent der nicht religiösen Deutschen ausüben, verglichen mit 26 Prozent der durchschnittlich religiösen und sogar 43 Prozent der sehr religiösen Menschen.

Im internationalen Vergleich ist die Religiosität in Deutschland jedoch eher gering. Während

in Nigeria, Brasilien, Marroko und Indonesien fast jeder Einwohner sich als religiös bezeichnet und dies auch in den USA auf neun von zehn US-Bürger zutrifft, sind dies in Deutschland nur sieben von zehn. Von den insgesamt 21 Nationen sind nur Briten, Franzosen und Russen weniger religiös.

Fazit der Forscher: Deutschland ist offensichtlich kein Land, in dem der Glaube ausstirbt, allerdings ist bisher auch keine Wiederkehr der Religion feststellbar. Im Vergleich mit früheren Untersuchungen zeigt sich, dass das Christum in den letzten 15 Jahren weder schwächer noch stärker geworden ist.



Quelle: Religionsmonitor 2008; Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Globalisierung

## Gewinner oder Verlierer

**Die Skepsis in der Bevölkerung gegenüber der marktwirtschaftlichen Ordnung nimmt zu. Gleichzeitig steigt die Furcht und Unsicherheit deutscher Arbeitnehmer in die Armut abzudriften als Folge der ins Ausland verlagerten Arbeitsplätze. Wie ist jedoch das Phänomen des Offshoring aus ethischer Sicht zu bewerten – kann Deutschland nur verlieren oder auch gewinnen? Die Beantwortung dieser Frage hat sich die Sachverständigengruppe „Wirtschaft und Ethik“ der deutschen Bischofskonferenz (DBK) – bestehend aus Theologen, Sozialwissenschaftlern und Volkswirten – mit der aktuellen Studie unter dem Titel „Verlagerung von Arbeitsplätzen – Entwicklungschancen und Menschenwürde“ zum Ziel gesetzt.**

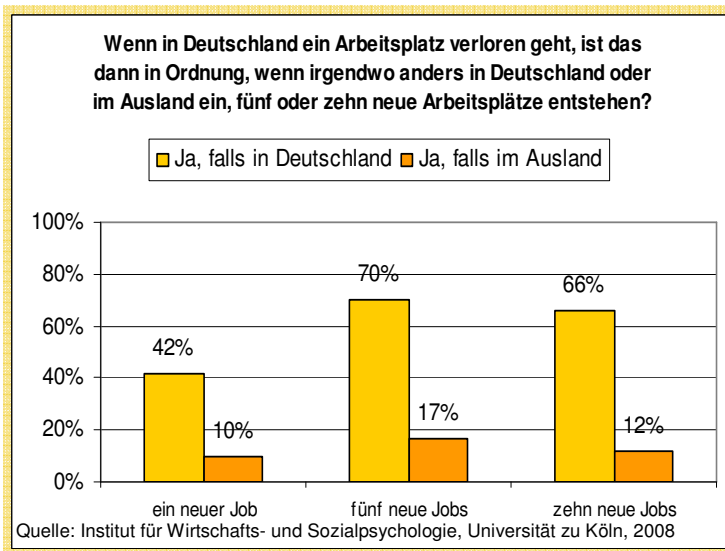
Mit großer Kritik wurde die Entscheidung von Nokia, Arbeitsplätze nach Rumänien zu verlagern in Presse und Öffentlichkeit bedacht. Auch staatliche Eingriffe und Subventionen halfen nicht, die Verlagerung zu stoppen. Diese Fälle werden daher zunehmend in der Bevölkerung als Bestätigung für die von ihnen gehegten Vorbehalte gegenüber der Globalisierung und Marktwirtschaft gesehen.

Dabei lautet der Grundtenor der Kritik, dass die marktwirtschaftliche Ordnung in einer globalisierten Welt statt Gerechtigkeit und Solidarität, lediglich dem Gewinnstreben, der Profitgier und somit ausschließlich den Interessen der Shareholder auf Kosten der Arbeitskräfte im eigenen und den häufig als Ziel gewählten Entwicklungsländern diene.

Ist diese Sicht auf das Offshoring (Verlagerung von Arbeitsplätzen) die einzig richtige? Ist es von vorneherein wegen Arbeitsplatzverlusten zu verurteilen, oder ist es vielleicht sogar aus ethischer Sicht zu rechtfertigen? Nach Ansicht der DBK sind für eine umfassende Einschätzung sowohl die Effekte für das Zielland (z.B. Rumänien) als auch für das Ausgangsland (z.B. Deutschland) von substantieller Bedeutung. Nach Ansicht der Autoren seien dabei insbesondere das Potenzial und die Wirkungen in Folge neu geschaffener Arbeitsplätze für die Menschen in den Zielländern entscheidend, wobei diese bisher häufig zu

menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen tätig seien und dabei nur Einkommen erwirtschafteten mit denen ein Leben in bitterer Armut unter dem Existenzminimum geführt werde. Von daher seien mögliche Signalwirkungen der im Ausland gegründeten Tochtergesellschaften auf die einheimische Wirtschaft zu begrüßen, da sie häufig im Vergleich zum vorherrschenden Niveau höhere Löhne zahlen und wesentlich bessere Arbeitsbedingungen böten. Kritisch bemerken die Autoren der Studie jedoch, dass es auch schwarze Schafe unter den Unternehmen gäbe, die ihre Produktion in andere Länder verlagern, um Mindeststandards und Arbeitnehmerrechte zu umgehen.

Inwiefern profitiert jedoch die Bevölkerung in den Ausgangsländern? Der Nutzen liegt laut der Studie der Sachverständigengruppe in den geringeren Kosten der Produktion und damit Preisen, die es auch Einkommensschwachen erlauben in den Ausgangsländern eine größere Menge zu konsumieren. Diese zu begrüßende Wirkung des Offshoring steht häufig jedoch im Schatten der Arbeitsplatzverluste. Dennoch resultiert durch das Offshoring auch ein Vorteil im globalen Wettbewerb für die Unternehmen in den Ausgangsländern, welcher durch die so gewonnen Marktanteile und erhöhte Nachfrage, wieder eine Schaffung weiterer Arbeitsplätze im Ausgangsland zur Folge hat. Die Autoren der Studie kommen daher zu



dem Schluss, dass primär statt der Absolutzahlen der Arbeitsmarktbilanz die Veränderungen der Arbeits- und Lebensbedingungen in den Zielländern von Relevanz seien. Sie argumentieren, dass bei den konkurrierenden Interessen eine Abwägung zwischen einem Wohlfahrtsverlust in dem Ausgangsland und dem Gesamteffekt notwendig ist und eine Ausweitung der nationalen Betrachtung hin zu einer global verantwortlichen Bewertung der Globalisierung durch die Kirche und Bevölkerung notwendig sei.

Laien sind von einer solch abwägenden Bewertung wie in dieser Studie weit entfernt, wie eine Befragung von 190 Personen an der Uni Köln zeigt. Zehn neue Jobs im Ausland rechtfertigen nur für 12 Prozent der Befragten den Verlust eines einzigen Arbeitsplatzes in Deutschland (vgl. die Grafik). Vielleicht können Kirchenvertreter und Ökonomen ja hier gemeinsam Aufklärungsarbeit leisten – zum Wohle der Menschen in allen Ländern!